

1 Konfrontation und/oder Dialog?

1.1 Finanzinstitute müssen sich ihren Anspruchsgruppen stellen

„Allianz bleibt Spitzenreiter beim Geschäft mit dem Hunger.“ Das warf die Entwicklungsorganisation Oxfam dem größten deutschen Versicherer im Mai 2013 vor. Gemeinsam mit dem Dachverband der kritischen Aktionäre reichte sie auf der Hauptversammlung (HV) einen Antrag auf Nicht-Entlastung des Vorstands ein. Der setzte sich zwar nicht durch; die Allianz blieb – wie zunächst auch die Deutsche Bank – im Geschäft mit der Agrarrohstoffspekulation. Aber die europaweite Debatte dazu verstummt nicht, und laut einer Forsa-Umfrage vom August 2013 wollen 78% der Deutschen, dass Banken aus der Nahrungsmittelspekulation aussteigen. Die Deutsche Bank kündigte Anfang Dezember 2013 ihren Rückzug an (DB 2013a).

Viele Institute reagieren auf den öffentlichen Druck, weil sie ihre Reputation nicht unnötig aufs Spiel setzen wollen. Die BayernLB stieg im Oktober 2013 aus dem Geschäft mit Agrarrohstofffonds aus, eine Tochter hatte einen Drittfonds verwaltet. „Wir begrüßen den konsequenten Schritt“, sagte David Hachfeld von Oxfam. Die Nichtregierungsorganisation (NGO) und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung hatten die Landesbank dazu aufgefordert. Der Dialog mit Oxfam habe zur Bewusstseinsbildung beigetragen, so eine Sprecherin. Im Mai 2013 war schon die DZ-Bank aus dem Geschäft ausgestiegen und seit 2012 die Deka-Bank, die Commerzbank und die Landesbanken von Baden-Württemberg und Berlin. Die Dekabank argumentierte, zwar lägen keine gesicherten Erkenntnisse vor, die einen Zusammenhang zwischen Indexinvestments und tatsächlichen Preisentwicklungen von Agrarrohstoffen belegten, aber man könne ihn auch nicht ausschließen.

Auch wenn diese Institute in dem Segment kaum aktiv sind, stehen sie international nicht allein. Auf den Druck von NGOs haben sich in Frankreich BNP Paribas sowie Crédit Agricole respektive ihr Fondsmanager Amundi von derartigen Investments verabschiedet, ebenso die dänisch-schwedische Bank Nordea und im Frühherbst 2013 die österreichische Raiffeisen Capital Management. Die britische Bank Barclays, einer der größten Akteure an den Agrarbörsen, kündigte im Februar 2013 an, aus der Spekulation auszusteigen.

Banken und Vermögensverwalter stehen bei diesem Thema und anderen zunehmend in der Kritik von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Verbrauchern/Kunden, Politik, Aufsichtsbehörden, aber auch von Mitarbeitern und – meist hinter vorgehaltener Hand – von Zulieferern und Geschäftskunden. Es geht nicht bloß um einzelne Unsitten, sondern um Verstöße gegen Standards sowie Rechtsbrüche. Eine kleine Auswahl vom Herbst 2013:

- Faule Kredite auf Rekordniveau (Handelsblatt 2013a)
- Chef der Rabobank tritt ab, weil die Bank eine Milliarde Dollar Strafe für die Manipulation des Libor-Zinses (Handelsblatt 2013b)
- Die Menschenrechtsorganisation Urgewald setzt sich dafür ein, dass Großbanken keinen Waffenhandel betreiben (Urgewald et al. November 2013).

- Deutsche Politiker sind entsetzt, dass Vertriebler des einstigen Vorzeigeversicherer Debeka per Bestechung an die Kontaktdaten von frisch Verbeamteten kamen; Staatsanwaltschaft und Datenschützer haben sich eingeschaltet (Handelsblatt 4.11.2013 und 5.11.2013).
- Die Britischen Aufsichtsbehörden haben auch die HSBC, Europas größte Bank, bei der Prüfung mutmaßlicher Tricksereien auf dem Devisenmarkt ins Visier genommen – wie zuvor schon JP Morgan, Citigroup, UBS, Credit Suisse, Barclays und Royal Bank of Scotland (Handelsblatt 5.11.2013).
- Bankkunden reicht es: Zwischen November 2012 und September 2013 gingen mehr als 9500 Beschwerden von Bankkunden gegen Bankmitarbeiter bei der Aufsichtsbehörde Bafin ein. Die Ombudsstelle des Bankenverbandes erhielt knapp 7200 Beschwerden – zehn Prozent mehr als in den Krisen Jahren 2009/2010 (Handelsblatt 2013b).
- Eine Gruppe von nationalen und internationalen NGOs fordert die Weltbank, den einflussreichsten Entwicklungsfinanzierer der Welt, bei ihrer Jahrestagung im Oktober 2013 auf, endlich auch die Menschenrechte in deren Umwelt- und Sozialstandards zu verankern (Urgewald 2013). Das Ölprojekt im Tschad sei ein gutes Beispiel dafür, wie die Weltbank ihr eigenes Kreditrisiko perfekt abgedeckt, aber eine arme und wehrlose Bevölkerung massiven Umwelt- und Menschenrechtsrisiken ausgesetzt habe.
- Die Deutsche Bank wird von mehreren NGOs angeprangert, weil sie den indischen Bergbau riesen Coal India Ltd. dabei begleiten will ein großes Aktienpaket auf den Markt zu bringen, das die Abholzung von Regenwald zwecks Kohleabbaus finanzieren soll, ein Unternehmen, dessen Minen hunderte Todesopfer und große Umweltschäden verursachten. (Ecoreporter 2013, SZ 2013).
- Banktrack, CEE Bankwatch Network, Polish Green Network und Urgewald legten den Regierungen auf dem Klimagipfel in Polen im November 2013 eine Studie zum Problem der Kohlefinanzierung für den Klimawandel vor (Urgewald et al. 2013).
- Mit der Studie „From Main Street to Wall Street“ prangert das Netzwerk Banktrack US- und europäische Banken und Markenhersteller der illegalen Regenwaldzerstörung zwecks Gewinnung von Palmöl an (Banktrack 2013).
- Die Kampagne „Facing Finance“ wirft 19 Banken „schmutzige Gewinne“ vor – sie finanzierten weltweit Ausbeutung, darunter BNP Paribas, Deutsche Bank, DZ-Bank und Credit Suisse (Facing Finance 2013).

1.2 Stakeholder ernst nehmen

Unternehmen sollten all diese Anspruchsgruppen (englisch: Stakeholder) ernst nehmen, nicht nur um Ärger zu vermeiden oder gesellschaftliche Strömungen zu erkennen, sondern um zu einer verantwortlichen Strategie zu gelangen. Am sinnvollsten nicht per Konfrontation, sondern im Dialog (Leitschuh-Fecht Steger 2003). Aber: „Gerade die Finanzbranche hat es bis heute nicht geschafft, mit ihrer Kommunikation Vertrauen (...) herzustellen“, bemängelte Klaus Rainer Kirchhoff von der gleichnamigen Unternehmensberatung im Handelsblatt (Kirchhoff 2013).